

Presseinformation



Frei zur Veröffentlichung: sofort

Datum: 16.07.07

Seniorenarbeit in der Bürgerkritik

(Rödermark) Die Seniorenarbeit in Rödermark stößt bei vielen Rödermärker Senioren auf Kritik. Das ist das Fazit des ersten sozialpolitischen Forums der SPD Rödermark zum Thema „Älter werden in Rödermark“ vom vergangenen Dienstag (10. Juli). Die Stadt plant am Bedarf vorbei, lautete der Vorwurf der anwesenden Senioren. Günstiger Wohnraum und Teilhabe an der Gesellschaft gehören zu den zentralen Forderungen der Rödermärker Senioren.

Wie wollen Senioren in Rödermark wohnen und leben? Welche Erwartungen haben Sie an kommunale Seniorenpolitik? Diese und andere Fragen haben SPD-Vorsitzender Armin Lauer und Pressesprecher Andreas Prohofskey mit der Landtagsabgeordneten Petra Fuhrmann und dem Seniorenbeauftragten der Stadt, Erik Schmekel, am vergangenen Dienstag (10. Juli) diskutiert. Unter dem Motto „Älter werden in Rödermark“ hatte der Ortsverein der SPD zu einer Podiumsdiskussion eingeladen – und war überrascht über das breite Interesse an diesem Thema in der Öffentlichkeit. Mehr als 30 Seniorinnen und Senioren aus Rödermark, darunter Vertreter der Interessengruppe „Wohnen und Leben im Alter“ sowie der Seniorenhilfe, kamen und nutzten das Forum, ihrem Ärger über die örtliche Seniorenarbeit Luft zu machen.

Wünsche der Senioren müssen berücksichtigt werden

Schon in seiner Begrüßung warf Lauer die Frage auf, ob die städtischen Hilfs- und Betreuungsangebote ausreichend seien, um den Herausforderungen einer zukunftsgerechten Seniorenarbeit gerecht werden zu können. Petra Fuhrmann, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, skizzierte, wie wichtig es sei, die kommunale Seniorenpolitik an den Wünschen der Senioren auszurichten. „Die meisten Senioren wünschen sich ein selbstbestimmtes Leben möglichst im eigenen und vertrauten Umfeld“, sagte die Sozialpolitikerin. Dem stünde das Konzept der

„organisierten Betreuung“ entgegen. Vielmehr müsse dem Angebot einer „betreuten Form mit Privatheit und Gemeinschaft“ der Vorzug gegeben werden. Für die Kommune bedeute dies insbesondere, alternative Wohnformen zu schaffen, das heißt, es müsse insbesondere eine bedarfsgerechte neue Form des Wohnungsbaus geschaffen werden. So müsse man z.B. über Wohngemeinschaften nachdenken oder darüber, dass Senioren gemeinschaftlich Wohnungen oder Häuser erwerben können. Vor allem aber sei jede Kommune gefordert, qualifizierte Wohnberatungen zu leisten.

Städtisches Angebot nicht ausreichend

Mit der Frage „Was leistet die Stadt konkret in der Seniorenarbeit“ konfrontiert, verwies Erik Schmekel zunächst auf die offenen Seniorentreffs in Urberach und Ober-Roden, die jedoch „kaum von Bedeutung“ seien. Man müsse berücksichtigen, dass in der Stadt gegenwärtig nur 1,5 Stellen für die Seniorenarbeit zur Verfügung stehen und dass schon alleine deshalb ein allumfassendes Angebot der Seniorenarbeit nicht zu leisten sei. Ohne die vielen offenen Angebote der örtlichen sozialen Dienste wie AWO oder Caritas sei vieles gar nicht denkbar. Deshalb müsse hier eine stärkere Vernetzung angestrebt werden. Der Stadt seien 152 Fälle von Altersarmut bekannt, d.h. hier reichen die Renten zum Bestreiten des täglichen Lebens gar nicht aus. Jeder einzelne dieser Fälle sei ein Fall zuviel.

Hinsichtlich des Wohnungsbedarfs bestehe mit der Wohnanlage in der Wittenberger Straße sowie mit den Altenwohnheimen „Am Mühlengrund“ und „Haus Morija“ ein Angebot, welches den Bedarf nach günstigem Wohnraum decke. Etliche Zuhörer kritisierten dieses Angebot jedoch als „nicht ausreichend“. Die ehemalige Leiterin des FB 4 und heutige Vorsitzende der Seniorenhilfe Rödermark, Renate Naumann, schilderte, dass bereits heute viele betroffene Rödermärker Senioren in ihrer eigenen Stadt keinen geeigneten Wohnraum mehr vorfinden und es vorkomme, dass man diese Senioren mit Zuschüssen des Sozialhilfeträgers in andere Gemeinden im Odenwald oder im Spessart ausquartieren müsse. Hinzu komme, dass vorhandener Wohnraum gerade für gebrechliche oder behinderte Senioren überhaupt nicht bedarfsgerecht ausgestattet sei.

Seniorenresidenz weiter in der Kritik

„Wird mit der geplanten Seniorenresidenz nicht einseitig ein Klientel gut betuchter Senioren bedient?“, so Lauers kritische Frage. Die meisten der anwesenden Bürger nickten zustimmend und bestätigten die Meinung der SPD, dass die geplante Seniorenresidenz am Bedarf vieler Rödermärker Senioren vorbeigeht. Ein Großteil der rund 6.400 Senioren in Rödermark über 60 wollen diese Residenz nicht – ein Faktum, das offenkundig noch nicht bis in den Magistrat vorgedrungen ist. Besonders kritisch stehen die Senioren dem Verkauf der Sozialwohnungen gegenüber „Hier wird einer wachsenden Zahl künftiger Senioren in Rödermark günstiger Wohnraum entzogen“, brachte es ein Zuhörer auf den Punkt. Sichtlich erschüttert richtete auch Petra

Fuhrmann einen Appell an die Stadtväter und mahnte „Der Ausverkauf von Wohnungen, die für Senioren zu alternativen, günstigen und bedarfsgerechten Wohnformen wie z.B. Genossenschaften umfunktioniert werden könnten, ist für jede Kommune ein sozialpolitischer Kardinalfehler“.

„Wer in der Öffentlichkeit von einem Meilenstein in der Seniorenarbeit spricht und in Interviews erklärt, dass für gehobene Wohnobjekte ein Bedarf bestehe, ist realitätsfremd“, so Lauer. Tatsächlich belegten anerkannte und vielbeachtete Studien renommierter Sozial- und Altersforscher, dass nur etwa 2 % der Senioren in Einrichtungen des „Betreuten Wohnens“ lebten und ein weiterer Bedarf nach teuren und luxuriösen Seniorenresidenzen tatsächlich nicht zu begründen sei. „Der Magistrat ist gut beraten, sich der immer lauter werdenden Kritik an der geplanten Seniorenresidenz zu stellen und hier wirksame und überzeugende Informationsarbeit zu leisten, wenn er die Gruppe der Senioren hier in Rödermark nicht weiter vergraulen will“, formuliert Lauer seine Empfehlung an den Bürgermeister.

Für Senioren eine Lanze brechen

Zu beklagen ist aus Sicht vieler engagierter Senioren, dass sie vor allem in den parlamentarischen Gremien keine Lobby haben. Die Rufe nach dem lange angekündigten „Seniorenbeirat“ und an der „Teilhabe an der Gesellschaft“ waren im Publikum nicht zu überhören. Mit Dampferfahrten für Senioren oder einer städtischen Weihnachtsfeier sei der Anspruch der Senioren, Teil der Bürgerschaft sein zu wollen, bei weitem nicht erfüllt. „Wer hat den Mut, sich den Senioren im Allgemeinen und deren wirklichen Bedürfnissen im Besonderen anzunehmen“, lautete die fordernde Frage einer ZuhörerIn. SPD-Fraktionsmitglied Jochen Zeller fasste zusammen, was vielen bewusst ist: Es fehlt ein ganzheitliches Konzept für Seniorenarbeit, es fehlt eine „Vision für die älter werdende Gesellschaft“ in unserer Mitte.

Die Podiumsrunde schloss mit einem ernüchternden Fazit der brisanten Diskussion: Wir brauchen dringend ein Konzept mit einem ganzheitlichen Ansatz. Es sei ein Netzwerk mit Bürgerbeteiligung nötig, für deren Einrichtung die SPD gerne die Initiative übernehmen werde. „Nur gemeinsam werden wir es schaffen, den Senioren durch Hilfe zur Selbsthilfe bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum anbieten zu können“, verabschiedete Armin Lauer seine Gäste auf dem Podium und die Zuhörer.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Pressereferenten der SPD:

Andreas Prohofsky

Tel.: 06074 – 9147561

Mobil: 0172 - 6718014

Email: presse@spd-roedermark.de